

Forderungen der DKP Saarland zur Corona-Krise

Die DKP Saarland fordert die Regierenden auf, sofortige Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeits- und Lebenssituation der Menschen während der Krise in unserem Bundesland zu ergreifen. Dabei gehen wir von drei Grundprinzipien aus:

- 1) Gesundheit vor Profit! Keine zusätzliche Gefährdung im Kapitalinteresse!
- 2) Alle Einschränkungen im Zusammenhang mit der Pandemie müssen verhältnismäßig, demokratisch getroffen und zeitlich begrenzt sein, sie müssen ständig überprüft werden.
- 3) Solidarische Lösungen statt Lobbypolitik zugunsten des Kapitals!

Im Einzelnen fordern wir die Landesregierung auf, folgende Maßnahmen selbst zu ergreifen oder dafür auf Bundesebene initiativ zu werden:

Gesundheitspolitik:

- Deutliche Ausweitung der Corona-Tests zur Absicherung der zu treffenden gesundheitspolitischen Entscheidungen – Alle relevanten Bevölkerungsteile müssen in Beiräten in Entscheidungen eingebunden werden.
- Privatisierung des Gesundheitswesens rückgängig machen und nachhaltig verbessern – dauerhafte Aufhebung des Fallpauschalen-Systems – Personalbemessung bei Ausweitung der demokratischen Kontrolle durch Arbeitnehmervertretungen – Krankenhausschließungen zurücknehmen, wohnortnahe Versorgung gewährleisten.
- Wir brauchen Gesundheitsräte in allen Kommunen, die die Ausgestaltung des Gesundheitswesens demokratisch mitgestalten können.

Arbeits-, Sozial- und Wirtschaftspolitik:

- Sofortige Erhöhung des Kurzarbeitergeldes auf 100 Prozent Nettolohn.
- Unmittelbare Aufstockung des Hartz-IV-Regelsatzes und aller anderen Hilfen zum Lebensunterhalt um 50 Prozent.
- Sofortige Rücknahme aller mit Corona begründeten Verschlechterungen in der Arbeitsgesetzgebung.
- Schutzschirm für Arbeitsplätze – Verbot von betriebsbedingten Kündigungen nach Artikel 45 der saarländischen Landesverfassung.
- Verbot von Firmenübernahmen – Bei Insolvenz wird der Betrieb staatlich unterstützt durch die Belegschaft weitergeführt.
- Verlängerung des Corona-Kündigungsschutzes für Mietwohnungen bis Jahresende.

Bildungs- und Kulturpolitik:

- Verzicht auf verpflichtende Abschlussprüfungen zugunsten einer Durchschnittsnote

- Soforthilfen für in Not geratene Studierende aus BAföG-Mitteln.
- Recht auf unbeschränkte Freistellung für Kinderbetreuung bei KITA- und Schulschließungen. Öffnung von Schulen und KITAs nur bei strikter Einhaltung und Kontrolle der Hygienevorgaben.
- Sofortige Unterstützung für sozial benachteiligte Schüler/innen beim Fernunterricht (Hardwareleihe)
- Deutlich mehr Unterstützung für Kulturschaffende und kleine Selbstständige.

Demokratie und Mitbestimmung:

- Schluss mit allen unverhältnismäßigen Einschränkungen demokratischer Rechte insbesondere im Versammlungsrecht und bei parlamentarischen Rechten. Die Entwicklung des sozialen Lebens muss Vorrang haben vor Profisport und Golfspielen.
- Demokratische Mitwirkungsmöglichkeiten müssen bereits in der Krise ausgebaut werden. Gewerkschaften, Sozialverbände und NGOs müssen in alle Expertengremien zur Bekämpfung der Krise einbezogen werden. Die Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte muss auf Produktionsentscheidungen ausgeweitet werden, damit die sozial-ökologische Transformation vorankommt.
- Wir fordern gleiche Rechte für alle bei den sog. Lockerungen im Saarland. Strikte Beachtung des Datenschutzes bei allen Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie.
- Abnahme der Hygienekonzepte in Unternehmen durch die Berufsgenossenschaften und regelmäßige Kontrolle, mehr Mitbestimmung von Betriebsräten, Recht auf Verweigerung der Arbeitsaufnahme bei Verstoß für die Beschäftigten.

Finanzpolitik:

- Finanzierung der Corona-Kosten durch radikale Abrüstung und eine Millionärs- /Vermögenssteuer
- Corona-Hilfsgelder an sozial-ökologische Transformation der Unternehmen koppeln – Staatlichen Einfluss zur Sicherung der Beschäftigung absichern.
- Schutzschirm für in Not geratene Kommunen und Wiederherstellung gleicher Lebensverhältnisse.

Internationale Solidarität:

- Aufnahme aller Geflüchteten aus den Lagern an den EU-Außengrenzen auch im Saarland – Sofortige Wiederaufnahme der Seenotrettung durch die EU – Sichere Fluchtwege nach Europa.
- Internationale Zusammenarbeit statt Nationalismus und Kleinstaaterei! Schluss mit allen Sanktionen, die der Bekämpfung der Pandemie entgegenstehen.

In diese Auseinandersetzung müssen jetzt die Gewerkschaften ihren gesellschaftspolitischen Anspruch in die Waagschale werfen. Es geht um einen Aufschwung der Rolle insbesondere des DGB und die Stärkung der Einzelgewerkschaften. Die Chancen sind da, sie müssen genutzt werden!

Corona verweist uns darauf, welche Verwüstungen die kapitalistische Produktionsweise in der Gesellschaft, auf den Feldern der Gesundheit, der Ernährung und der öffentlichen Infrastruktur nach sich gezogen hat. Wir engagieren uns für nachhaltige Lösungen. Deshalb sind wir für die Überwindung des kapitalistischen Systems, das zerstört, kaputt macht, die Menschheit in immer neue Krisen mit immer größeren Gefahren stürzt.

Wir fordern eine öffentliche, transparente und gründliche Aufarbeitung über die Ursachen von Pandemien mit nachhaltigen Schlussfolgerungen für die Zukunft.

Wer sich nicht wehrt – der lebt auch jetzt verkehrt!

Saarbrücken, 05.05.2020